

31.01.2020 – PM 8/2020

Entsendung fair gestalten

IG BAU fordert stärkere Kontrolle des Sozialversicherungsschutzes

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert eine Stärkung des Sozialversicherungsschutzes in Europa. „Arbeitnehmer*innen haben Anspruch auf eine Sozialversicherung. Vor allem entsandten Beschäftigten wird dieses Recht aber oft vorenthalten. Kriminelle Unternehmer brauchen kaum mit Strafen zu rechnen, weil die Kontrollen so kompliziert sind, dass Verstöße in der Praxis sehr schwer nachweisbar sind“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Der Sozialversicherungsbetrug schadet dabei nicht nur den Beschäftigten, sondern verzerrt auch den Wettbewerb zu Lasten der rechtstreuen Unternehmen. Deshalb muss bereits zeitlich vor einer Entsendung zwingend die Beantragung einer sogenannten A1-Bescheinigung vorgeschrieben werden. Die Bundesregierung muss ihren Kurs im aktuellen europäischen Gesetzgebungsverfahren um 180 Grad ändern. Derzeit fährt sie eine Linie, die die Kontrollmöglichkeiten sogar noch weiter beschneiden würde.“

Mit der A1-Bescheinigung wird überhaupt erst nachprüfbar, ob ein Beschäftigter bei einer Sozialversicherung in einem EU-Staat angemeldet ist. Sie werden von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zwar kontrolliert, aber bei Entsendungen klappt die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Herkunfts- und Zielstaaten nicht reibungslos. „Das Prinzip, dass alle Beschäftigte sozialversichert sind, muss mit allen Mitteln wirksam durchgesetzt werden“, sagte Robert Feiger. „Deshalb brauchen wir zusätzlich eine europäische Sozialversicherungsnummer und die digitale Verknüpfung der europäischen Sozialversicherungsregister.“